

## KCK: Die Grundprinzipien der Deklaration sollten mit dem Vorsitzenden Abdullah Öcalan verhandelt werden

*Stellungnahme der KCK zur 14-Punkte-Deklaration von der Jahresversammlung des „Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft“ DTK, 29.12.2015*

In einer Zeit des Widerstands des kurdischen Volkes für die Selbstverwaltung eine Deklaration zu verabschieden, die auf die demokratische Einheit der Türkei abzielt, trägt eine große Bedeutung für den Demokratiekampf der Türkei.

Die Deklaration besagt, dass die demokratische Einheit der Türkei über die Demokratisierung und ihre Auswirkungen auf die Lokaltäten zu erreichen ist, und zeigt zugleich die notwendigen politischen Richtlinien für die Türkei auf. Vor diesem Hintergrund ist sie auf die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei ausgerichtet.

Die einzige politische Methode, die Türkei auf der Grundlage von Frieden und Stabilität in Einheit zu bewahren, ist die Demokratie und deren Umsetzung auf lokaler

Ebene und in der gesamten Gesellschaft.

In der heutigen Welt schöpfen demokratische Methoden ihre volle Legitimität aus Demokratien, die auf lokaler Ebene gelebt werden. Die Ära, in der die Legitimität von Herrschaft mit Waffengewalt erzeugt wurde, neigt sich ihrem Ende zu. Heute beruht die Legitimität der Staaten in den von ihnen dominierten Gebieten auf der Existenz lokaler Demokratien. Die Länder, in denen lokale Demokratien gelebt werden, sind Länder, die ihre Einheit gestärkt haben. Die Abspaltungstendenzen wurden mit der Existenz regionaler Demokratien überwunden.

Wir erkennen diesen Geist in der DTK-Deklaration und glauben fest daran, dass er seine Rolle bei der Demokratisierung der Türkei und der Lösung der kurdischen Frage spielen wird.

Es ist notwendig, die Grundprinzipien der Deklaration mit dem Hauptunterhändler der Kurden,

dem Vorsitzenden Öcalan, zu verhandeln und das Ergebnis als Lösungsprojekt ins Parlament zu tragen. Es ist wichtig, dass das Parlament eine solche demokratische Lösung in die Verfassung aufnimmt und dies rechtlich untermauert. Eine Lösung auf der Grundlage der Demokratisierung kann nur auf diese Weise möglich sein.

Die Ausrufung der Selbstverwaltung durch das kurdische Volk zielt im Prinzip auf die Lösung der kurdischen Frage auf Grundlage der Demokratisierung ab.

Einer Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage der Demokratisierung wurde bei den Verhandlungen mit der Ablehnung des Dolmabahçe-Abkommens eine Absage erklärt. Und als parallel dazu der Krieg gegen das kurdische Volk eingeleitet wurde, hat dieses mit lokalen Demokratieoffensiven begonnen, im praktischen Kampf die Grundlagen für die Demokratisierung der Türkei zu legen. Weil die Dekla-

### Meldungen:

#### DTK: Wiederaufnahme der Friedensgespräche

Mit einer Teilnahme von 501 Delegierten fand am vergangenen Wochenende der Kongress des DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress) in Amed (Diyarbakır) statt. Hauptforderung des Kongresses ist die Beendigung der gewaltsamen Angriffe des türkischen Staates auf die kurdische Zivilbevölkerung im Südosten der Türkei und eine Wiederaufnahme des Friedensprozess zwischen der türkischen AKP-Regierung und der PKK. Unter dem Gesichtspunkt der Geschehnissen in Nordkurdistan tagte der Demokratische Gesellschaftskongress mit der Teilnahme der wichtigen VertreterInnen der kurdischen Politik der Türkei in Amed. Kernforderungen der 14 Punkte umfassenden Abschlussresolution waren sowohl die Anerkennung der Demokratischen Selbstverwaltung in den kurdischen Gebieten, als auch die Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen der türkischen Regierung und der PKK. „Es ist äußerst wichtig, dass die Dialog- und Verhandlungskanäle erneut beschritten werden, damit wir all unsere Probleme überwinden können. Vor diesem Hintergrund erachten wir es für zwingend notwendig, dass die Freiheit vom kurdischen Volksrepräsentanten Abdullah Öcalan gewährleistet wird. Nur so kann der Verhandlungsprozess stabil und auf Augenhöhe geführt werden.“

(CA, 29.12., ISKU)

## 523 Menschen festgenommen, 117 inhaftiert

Während die AKP Regierung ihre massiven Angriffe gegen die kurdischen Gebiete fortsetzt, haben auch die Operationen des politischen Völkermordes in den Städten der Region Serhat in Nordkurdistan ein Rekordniveau erreicht.

Hunderte von Bürger\_innen wurden ermordet und tausende weiterer sind durch türkische Staatskräfte seit Beginn der massiven Angriffe der AKP Regierung, die sowohl seit dem 24. Juli 2015 mit Luftschlägen gegen die PKK im Qandil-Gebirge (Südkurdistan), als auch gegen die Völker Kurdistans im eigenen Territorium vorgeht, verhaftet worden.

Seit dem 21. Oktober wurden in den Provinzen Wan (türk. Van), Colemêrg (türk. Hakkari), Erzirom (türk. Erzurum), Mûş (türk. Muş), Agırî (türk. Ağrı), Bidlîs (türk. Bitlis), Reşqelas (türk. Iğdır), Qers (türk. Kars) und Erdêxan (türk. Ardahan) über 562 Menschen festgenommen und davon 117 Menschen inhaftiert.

Im Rahmen der Operationen des politischen Völkermordes wurden die folgenden Personenzahlen in den einzelnen Städten verhaftet und inhaftiert:

140 Menschen in Wan festgenommen, davon 15 inhaftiert  
65 Menschen in Colemêrg festgenommen, davon 10 inhaftiert  
97 Menschen in Erzirom festgenommen, davon 13 inhaftiert  
95 Menschen in Mûş festgenommen, davon 14 inhaftiert  
52 Menschen in Agırî festgenommen, davon 24 inhaftiert  
40 Menschen in Bidlîs festgenommen, davon 7 inhaftiert  
44 Menschen in Reşqelas festgenommen, davon 17 inhaftiert  
24 Menschen in Qers festgenommen, davon 12 inhaftiert  
5 Menschen in Erdêxan festgenommen, alle inhaftiert

Während die Verhaftungen hauptsächlich damit begründet werden, dass die Beschuldigten „Propaganda für eine kriminelle Organisation“ gemacht hätten und „Mitglieder in einer kriminellen Organisation“ sind,

besteht die Mehrheit der Beschuldigten aus Vorsitzenden und bekannten Personen der HDP und DBP.

Hinzu kommt, dass unter den 562 Festgenommenen 60 Minderjährige sind, von denen ebenfalls 15 inhaftiert wurden.

Die Verhaftungen in Agırî, Qers und Reşqelas basieren größtenteils auf dem gleichen Konzept, das Behauptungen von anonymen Zeugen und Listen einschließt, die von einigen Behörden im Voraus erstellt worden sind.

Unter denjenigen, die in den erwähnten Provinzen während der letzten zwei Monate eingesperrt wurden, sind die Ko-Bürgermeister\_innen der Stadt Digor in Qers, Ekrem Bingül und Şengül Erkmen, die Ko-Bürgermeisterin der Stadt Rûbarok (türk. Derecik) in Colemêrg, Cabbar Taş, sowie die JINHA (Frauennachrichtenagentur) Reporterin Vildan Atmaca und den DIHA (Dicke Nachrichtenagentur) Reporter İdris Yılmaz ein. (ANF, 27.12.2015, ISKU)

#### YDG-H: 35 Staatskräfte in Cizîr und Silopî getötet

Der kurdische Volkswiderstand zur Selbstverwaltung hat als Antwort auf die anhaltenden, brutalen Angriffe der türkischen Einheiten, durch lokale Selbstverteidigungseinheiten in Cizîr (türk. Cizre) und Silopî (türk. Silopi) in der Provinz Şîrnex (türk. Şırnak), 35 türkische Polizisten und Soldaten getötet und 7 weitere verwundet.

Die patriotische revolutionäre Jugendbewegung (YDG-H) veröffentlichte eine Erklärung, in der sie Information zu ihren Aktion zur Verfügung stellt, die als Antwort auf die gewaltsamen Angriffe der Staatskräfte durchgeführt werden.

Die YDG-H erklärte, dass das türkische Militär seine Angriffe auf die Viertel Nur und Cudi in Cizîr auf Befehl der Standortkommandantur der Provinz fortsetzt. Die Viertel, die durch die Selbstverteidigungseinheiten ge-

# Zivilverteidigungseinheiten (YPS) in Nisêbîn gegründet

In Bezirk Nisêbîn (türk. Nusaybin) in der Provinz Mêrdîn (türk. Mardin), der in den letzten Monaten bereits sechsmal unter Ausgangssperren lag, haben Jugendliche die Gründung der YPS (Yekîneyên Parastina Sivil – Zivilverteidigungseinheiten) bekannt gegeben, um ihre Viertel und Städte zu verteidigen und die Angriffe des Staates zurückzudrängen.

Die Gründungserklärung der YPS-Nisêbîn kam nach der gestrigen Gründungserklärung der Zivilverteidigungseinheiten-Botan im Bezirk Cizîr (türk. Cizre) in der Provinz Şîrnax (türk. Şırnak).

Die Gründung der YPS-Nisêbîn wurde in einer Erklärung bekannt gegeben, die hervorhob, dass die Selbstverteidigungseinheiten ein Schritt sind, um gegen die türkische Staatspolitik der Besatzung, Assimilation und des Völkermordes vorzugehen, die in den Städten Bakûrs (Nordkurdistan) im Lauf dieses Jahres durchgeführt wurden und immer noch werden.

Erklärend, dass die Selbstverwaltungen als Schutz der eigenen Existenz und des Willens

aufgebaut werden, betonte die Erklärung der YPS-Nisêbîn: „Der Unterdrückungs- und Besatzungsstaat versucht seit Jahren die Völker Kurdistan im Rahmen der Entvölkerung, der physischen und kulturellen Völkermordpolitik, die bis heute mit einer faschistischen Aggressivität auf den Willen der Völker Kurdistan abzielt, zu vernichten. Als entschlossene Antwort auf diese Angriffe verstärken wir unsere Selbstverteidigung unter der Führung der Jugend und der Frauen. Der türkische Besatzungsstaat macht seit Jahren Anstrengungen, um den Willen der Völker Kurdistan zu brechen und sie durch die Entvölkerung der Dörfer, durch Morde, Verhaftungen und Folter zu vernichten. Zur Zeit werden unschuldige Menschen auf unseren Straßen ermordet. Tausende Menschen sitzen in den Gefängnissen, weil sie ihre Sprache und ihre Kultur leben wollten. Bürger\_innen wurde von Luftangriffen ins Visier genommen. Wenn das nicht Terrorismus ist, was dann? Und heute werden Kinder, Frauen, Alte in den Straßen Kurdistan

ermordet. Die Selbstverteidigung der Menschen, die legitim ist, wird als Terrorismus diffamiert. Obwohl der Kampf der Völker Kurdistan auch ein Kampf für die Völker der Türkei und für die ganze Menschheit ist. Die Menschen und die Öffentlichkeit der Türkei und der ganzen Welt dürfen diese barbarischen Angriffe nicht stillschweigend hinnehmen.“

Den Volkswiderstand von Farqîn (türk. Silvan), Cizîr, Silopî, Kerboran, Sûr und Dêrik grüßend, wurde die Gründung der YPS-Botan beglückwünscht.

Die YPS-Nisêbîn versprach, ihren Kampf als Teil der YPS-Botan und auf Grundlage der kommunalen und demokratischen Werte und für die Freiheit des Vorsitzenden Abdullah Öcalan zu führen und die Menschen gegen die Angriffe des Besatzungsstaates zu verteidigen.

Die Erklärung endet mit einem Aufruf an alle Menschen Kurdistan, vor allem an die Frauen und die Jugend, sich den Reihen der Zivilverteidigungseinheiten anzuschließen und den Willen der Menschen zu schützen. (ANF, 26.12., ISKU)

## QSD/HSD überqueren den Euphrat

Die Demokratischen Kräfte Syriens (arabisch: Qūwāt Sūriyā ad-dimuqrātiya – QSD; kurdisch: Hêzên Sūriya Demokratîk – HSD) haben die Westseite des Tishrin Damms betreten, der am vergangenen Freitag befreit wurde.

Einheiten der Demokratischen Kräfte Syriens, die die Operation im südlichen Kobanê fortführen,

hatten am vergangenen Freitag den Tishrin Damm eingenommen. Nachdem der Damm und die Umgebung eingekreist wurde, haben QSD/HSD Einheiten den Damm nach Gefechten mit IS-Banden am Samstagnachmittag unter ihre vollkommene Kontrolle gebracht.

Im Verlauf der andauernden Operation, haben QSD/HSD

Einheiten die Westseite des Tishrin Damms betreten, wo die Befreiungsaktionen derweilen weitergehen.

Das Tishrin Gebiet, das zur Stadt Munbic bei Aleppo gehört, liegt circa 115km von Aleppo entfernt, sowie circa 80km von der türkischen Grenze bei Serxet und circa 70km südwestlich von Kobanê. (ANF, 26.12., ISKU)

## → KCK: Die Grundprinzipien...

ration in diesem Rahmen die lokale Demokratie und die Selbstverwaltungsoffensive behandelt, verfügt sie über einen Lösungscharakter.

Die AKP-Regierung hat diesen Vorschlag, der auf die Demokratisierung der Türkei abzielt und auf diese Weise den Anspruch eines Modells für die gesamte Region erhebt, als Separatismus und Fantasie abgestempelt und angegriffen. Damit hat sie ihre wahre Mentalität offenbart. Sie hat erneut gezeigt, dass sie weder die Lösung der kurdischen Frage anstrebt noch über eine demokratische Mentalität verfügt, sondern auf eine kulturellen Genozid praktizierende Kolonialherrschaft aus ist.

Es sollte klar gesagt werden: Die Mentalität des türkischen Staates und der AKP-Regierung, der Irrsinn, eine Nation über den kulturellen Genozid an Kurden zu

errichten, stellen heutzutage eine nicht zu verwirklichende Fantasie dar. Realistisch und richtig ist es vielmehr, auf der Grundlage der Autonomie die lokale Demokratie zu entwickeln. Weltweit gibt es kein Land, das die Mentalität und Politik des türkischen Staates verteidigt. Diejenigen Staaten im Mittleren Osten, die mit einer ähnlichen Mentalität zur Polarisierung beitragen, werden nacheinander überwunden. (...)

Es ist offensichtlich, dass die Bemühungen der Kurden, ihre Existenz, ihre Identität, ihre Sprache und Kultur im Rahmen einer demokratischen Verfassung und ihrer Selbstverwaltungen zu erreichen, keine Akzeptanz finden und in keiner Weise toleriert werden. Dadurch wird auch klar, warum das Dolmabahçe-Abkommen abgelehnt wurde und warum gegen den Vorsitzenden, der mit allen Mitteln eine Lösung

anstrebt, erneut eine Totalisolation angewandt wird. Die ganze Welt sieht jetzt, dass die Schutzgräben und Barrikaden den Widerstand gegen diese Verleugnungs- und Unterdrückungspolitik darstellen.

Diese Realität zeigt zugleich die Notwendigkeit, einen Demokratieblock zu bilden, in dem alle demokratischen Kräfte aus der Türkei und Kurdistan zusammenkommen, und den Kampf gegen die AKP-Regierung zu stärken. Alle demokratischen Staaten, Institutionen und Kreise sollten endlich die antidemokratische Haltung der AKP gegenüber der DTK-Deklaration erkennen und ebenfalls ihren Platz im Demokratiekampf einnehmen. Ohne das Zurückdrängen der gegenwärtigen Mentalität und Politik der AKP ist die Lösung der Probleme in der Türkei nicht möglich.

schützt werden, stehen unter dem Beschuss der türkischen Panzer. Durch eine Aktion einer YDG-H Einheit konnte ein Panzer zerstört werden, dabei wurden 3 Soldaten getötet.

Am 27. Dezember haben Staatskräfte das Viertel Cemruke von drei Seiten angegriffen. Während der darauf folgenden Auseinandersetzungen, wurden nach Angaben der YDG-H, 14 Staatskräfte getötet und 7 weitere verwundet.

In den Stadtvierteln Zap und Barbaros in Silopî wurden am Sonntag bei Selbstverteidigungsaktionen 9 Polizisten der Spezialeinheiten getötet.

Selbstverteidigungseinheiten töteten in einer anderen Aktion gegen mehrere gewaltsame Räumungen von Häusern im Stadtviertel Nuh 9 weitere Mitglieder von Spezialeinheiten.

Die Erklärung betonte, dass die Angriff des unterdrückenden AKP Regimes gegen die selbstverwalteten Gebiete nicht unbeantwortet bleiben werden. Sie betont weiter, dass die Selbstverwaltung der Völker Kurdistan legitim ist und ruft alle patriotischen Jugendlichen Kurdistan dazu auf, sich dem Widerstand anzuschließen und ihn über alle kurdischen Gebiete auszuweiten. (ANF, 28.12., ISKU)

### Eilantrag vor den EGMR getragen

Nachdem das türkische Verfassungsgericht einen Eilantrag der stellvertretenden Co-Vorsitzenden der HDP, Meral Daniş Beştaş, abgelehnt hatte, wurde dieser nun an das Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) getragen. Die Demokratische Partei der Völker beklagt in ihrem Gesuch die gesetzeswidrigen Ausgangssperren, wodurch der Bevölkerung Grundrechte wie Freiheit, Recht auf Leben, Bildung und Reisefreiheit entzogen werden. In dem Antrag bilanzierte die HDP die Anzahl der zivilen Todesopfer seit Verhängung der Ausgangssperren in 18 Kreisstädten auf 122. (CA, 29.12., ISKU)

### Quellen:

ANF Firat  
Nachrichtenagentur  
CA Civaka Azad

### N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-806

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org